

Stand: 06.07.2025 05:27:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1873

"Weg in der Antisemitismus- und Extremismusbekämpfung konsequent weiterverfolgen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1873 vom 08.05.2019
2. Beschluss des Plenums 18/1889 vom 08.05.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Weg in der Antisemitismus- und Extremismusbekämpfung konsequent weiterverfolgen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die bereits von der Staatsregierung eingeführten Maßnahmen und Initiativen gegen Antisemitismus sowie gegen jedwede Form des Extremismus und fordert sie auf, diesen Weg auch weiterhin konsequent zu verfolgen.

Begründung:

Für jegliche Form von Extremismus und antisemitischen Gesinnungen ist in Bayern kein Platz. Die Wahrung unserer Grundwerte erfordert fortwährende Aufmerksamkeit und gemeinsamen Einsatz in allen Lebensbereichen. Gerade deshalb hat die Staatsregierung die Stelle des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe geschaffen. Antisemitische und extremistische Straftaten werden von der bayerischen Polizei und Justiz konsequent verfolgt.

Folgende Maßnahmen und Initiativen wurden unter anderem bereits durch die Staatsregierung angestoßen:

- Im August 2018 wurde bei den drei Generalstaatsanwaltschaften jeweils ein Antisemitismusbeauftragter bestellt, die engen Kontakt extern zu den israelitischen Kultusgemeinden und intern zu den befassten Staatsanwälten halten, und die auch Fortbildungsmaßnahmen in diesem Bereich durchführen. Das Polizeipräsidium München hat im Zusammenwirken mit dem Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft München einen Flyer entwickelt, der Geschädigten einer antisemitischen Straftat u. a. Hilfestellung bei der Anzeigeerstattung leistet.
- Außerdem wurde gegenüber den Staatsanwaltschaften im November 2018 vom Staatsministerium der Justiz klargestellt, dass eine nachdrückliche Verfolgung antisemitischer Straftaten grundsätzlich im öffentlichen Interesse liegt. Aufgrund dessen sollen Verweisungen auf den Privatklageweg in aller Regel nicht erfolgen. Auch sog. Opportunitätseinstellungen gemäß §§ 153 ff. Strafprozessordnung (StPO) sind auf den Ausnahmefall beschränkt und bedürfen ggfs. sorgfältiger Prüfung und Begründung.

- Das Staatsministerium der Justiz hat bereits im vergangenen Jahr die Bundesjustizministerin aufgefordert, den Straftatbestand der Volksverhetzung auf Auslandsstraftaten auszuweiten. Derzeit können Täter, die aus Deutschland gezielt ins Ausland reisen, um dort volksverhetzende – insbesondere auch antisemitische – Inhalte im Internet hochzuladen, nicht wegen Volksverhetzung bestraft werden. Die Staatsregierung sieht hier dringenden Handlungsbedarf auf Bundesebene und fordert diese Nachbesserung auch konsequent ein.
- In zwei bayerischen Justizvollzugsanstalten wurde zudem der Einsatz speziell geschulter Extremismusbekämpfungsbeauftragter (EBB) erfolgreich pilotiert. Darüber hinaus werden gerade mit den für extremistisches Gedankengut besonders anfälligen jungen Gefangenen gezielt Projekte und Workshops zur Radikalisierungsprävention durchgeführt: der Workshop „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“ der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention, das Projekt „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und junge Männer“ des Vereins Power for Peace e. V. sowie das Programm „KIM – Kurzintervention zur Motivationsförderung“.
- Die Staatsregierung will außerdem ihre Bemühungen im Kampf gegen Hasskriminalität im Internet in Form von beleidigenden oder volksverhetzenden Postings intensivieren. Gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und der Staatsanwaltschaft München I soll ein Pilot-Projekt aufgesetzt werden, das bayerischen Rundfunkanbietern und Zeitungsverlagen einen einfachen und schnellen Weg eröffnet, gegen die Urheber strafrechtlich relevanter Kommentare und Nachrichten auf den von ihnen betriebenen Websites Strafanzeige zu erstatten statt – wie bisher zumeist – derartige Kommentare lediglich zu löschen.
- Aktuell wurde mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) ein neues niederschwelliges Angebot zur Meldung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle gestartet. Damit haben Betroffene und Beobachter von antisemitischen Vorfällen jedweder Erscheinungsform, auch unter der Grenze der Straffälligkeit, seit 01.04.2019 eine Anlaufstelle.
- Des Weiteren trägt die Staatsregierung bereits dafür Sorge, dass alle Lehrkräfte in Bayern in ihrer Ausbildung in Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung unterwiesen und für das Thema Antisemitismus und Extremismus frühzeitig sensibilisiert werden. So werden sie befähigt, demokratische Grundsätze wie z. B. die Achtung der Menschenrechte, im Unterricht zu vermitteln und sich mit Extremismus und Antisemitismus in Unterricht und Schulleben aktiv auseinanderzusetzen.
- Gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN wird die Erinnerungsarbeit insbesondere in Zusammenarbeit mit KZ-Gedenkstätten gestärkt. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus entwickelt hierzu ein entsprechendes Gesamtkonzept zusammen mit den relevanten Akteuren im Bereich der Erinnerungsarbeit – auch und vor allem mit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, deren Hauptauftrag Bildungs- und Erinnerungsarbeit ist.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/1873

Weg in der Antisemitismus- und Extremismusbekämpfung konsequent weiterverfolgen

Der Landtag begrüßt die bereits von der Staatsregierung eingeführten Maßnahmen und Initiativen gegen Antisemitismus sowie gegen jedwede Form des Extremismus und fordert sie auf, diesen Weg auch weiterhin konsequent zu verfolgen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Cemal Bozoğlu

Abg. Stefan Löw

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Florian Ritter

Abg. Christoph Maier

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Hubert Faltermeier

Abg. Karl Freller

Staatssekretär Gerhard Eck

Staatsminister Georg Eisenreich

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Antisemitismus und antisemitische Straftaten konsequent bekämpfen
(Drs. 18/1848)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)

**Antisemitismus und antisemitische Straftaten konsequent bekämpfen
(Drs. 18/1872)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Weg in der Antisemitismus- und Extremismusbekämpfung konsequent weiterverfolgen (Drs. 18/1873)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Drs. 18/1874)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Herr Kollege Cemal Bozoğlu. Bitte schön.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schalom. Vor zwei Monaten waren die Regisseurinnen des österreichisch-israelischen Dokumentarfilms "Zurück ins Vaterland" Gäste der GRÜNEN-Fraktion. Wir haben uns zusammen mit ihnen ihren Film hier im Steinernen Saal angeschaut. In diesem sind junge Menschen, die Enkel von Holocaust-Überlebenden, porträtiert. Auf die Idee angesprochen, für einige Zeit Israel zu verlassen und diese in Deutschland zu verbringen, reagieren sie und ihre Großeltern mit Unsicherheit, Bedenken und Angst. Dies ist in den Augen und den Stimmen der Menschen wahrzunehmen und macht einen sehr nachdenklich.

Heute ist ein symbolischer Tag. Der 8. Mai ist der Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Dieser Staat wurde nach dem Dritten Reich mit der Zielvorstellung aufgebaut, dass Faschismus und Antisemitismus nie wieder sein dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Eben dieser Staat ist es allen Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus schuldig, alles dafür zu tun, dass Menschen jüdischen Glaubens mit ihrer Identität frei von Angst und Bedenken hier leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich bitte, den Geräuschpegel zu senken. – Bitte schön.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Die Zahl der antisemitischen Straftaten hat in Bayern ein besorgniserregendes Niveau erreicht. 219 antisemitische Straftaten im Jahr 2018 sind nicht nur 219 zu viel. Sie belegen auch einen Anstieg um über 50 % im Vergleich zum Vorjahr. In Bayern kommen über 90 % dieser Straftaten aus dem rechtsextremen Spektrum. Hier ist auch der Landtag gefordert, sich klar und unmissverständlich mit den Opfern antisemitischer Gewalt und antisemitischer Hetze zu solidarisieren. Antisemitismus und antisemitische Straftaten dürfen in Bayern niemals zur Normalität werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese müssen konsequent verfolgt und aufgeklärt werden. Hier ist die Situation noch nicht befriedigend. So wurde im letzten Jahr bei 132 ermittelten Tatverdächtigen nur in 30 Fällen Anklage erhoben, und nur in 18 Verfahren wurden Beschuldigte verurteilt. Damit können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus schaffen ein Klima, in dem völkisch-nationalistisches Gedankengut wächst. Gewalt ist die Konsequenz dieser Entwicklung.

Wenn der Vorsitzender einer im Bundestag vertretenen Partei die Zeit, in der der Holocaust stattgefunden hat, als nur einen "Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte" bezeichnet; wenn Mitglieder des Bayerischen Landtages, die auch heute im Saal sitzen, die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen, indem sie eine Gedenkstunde im Landtag verlassen und damit empfindlich stören, während sie am vergangenen Wochenende eine Person als Ehrengast nach Bayern geholt haben, die das Holocaust-Mahnmal in Berlin als "Denkmal der Schande" bezeichnet hat, und dann mit ihm zusammen die erste Strophe des Deutschlandliedes angestimmt haben: Dann ist die rote Linie mehr als einmal überschritten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch eine solche Politik ist mitverantwortlich für 219 antisemitische Straftaten in Bayern. Ich begrüße die gestern vom Kabinett beschlossenen Schritte wie die Annahme der internationalen Definition des Antisemitismus und Maßnahmen der Prävention. Dies geht in die richtige Richtung. Das Engagement gegen Antisemitismus kann allerdings nur zusammen mit dem entschiedenen Engagement gegen Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen gedacht werden. Die Vorschläge, die in unserem Dringlichkeitsantrag enthalten sind, bilden weitere wichtige Bausteine zur Bekämpfung von Antisemitismus in Bayern. Sie ergänzen die bisherigen Maßnahmen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Überschrift des Antrags der GRÜNEN durchliest, müsste man eigentlich zustimmen – müsste. Doch liest man ein bisschen weiter, so ist sofort zu erkennen, dass Ihnen der Schutz unserer jüdischen Mitbürger hier bloß als Vorwand dient, um Ihre eigene Lobbyklientel mit Staatsgeldern zu versorgen und unsere Jugend auf Staatskosten mit links-grüner Propaganda zu verseuchen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Margit Wild (SPD): Was ist das für eine Sprache!)

– Zuhören. – Sie fordern hier ein Landesprogramm zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Trägern und Einrichtungen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Kein Wort von Linksextremismus! Das zeigt ganz genau, welche einseitige politische Einstellung diese Einrichtungen vermitteln sollen. "Zivilgesellschaftlich" handelt

jemand aus Ihrer Sicht nur, wenn er Ihre links-grüne Ideologie vertritt und alles andere und damit den Pluralismus in unserem Land bekämpft. Wir brauchen aber Bürger, die in der Lage sind, sich selbst eine Meinung zu bilden, und auch verschiedene Meinungen vertreten; denn eine Demokratie lebt von der Vielfalt der Meinungen. Aber dieser Grundsatz ist Ihnen ein Dorn im Auge.

(Beifall bei der AfD)

Jeder Standpunkt muss akzeptiert werden, solange dieser auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Eine darüber hinausgehende Einschränkung oder die Vermittlung einer einseitigen Bildung stehen Ihnen und der Regierung nicht zu. Das sollen und das müssen Sie sogar in unserer so hart erkämpften Demokratie respektieren.

(Beifall bei der AfD)

Wären Sie wahre Verteidiger der Demokratie, so würden Sie vom Extremismus im Ganzen sprechen, sei es Rechts-, Links- oder religiöser Extremismus. Alle Arten von Extremismus müssten Sie gleichermaßen bekämpfen. Leider beweisen Sie aber mit diesem Antrag wieder, dass Sie auf dem linken Auge blind sind. Dass sie mit den Gegnern unserer Verfassung zusammenarbeiten, ist allgemein bekannt. So marschieren Sie doch gerne mit den modernen SA-Schlägerkolonnen namens Antifa in einer Linie und unterstützen diese auch mittelbar oder sogar unmittelbar finanziell und strukturell.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, sprechen Sie bitte zur Sache, nämlich zu dem Antrag, um den es geht.

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD: Unerhört!)

Stefan Löw (AfD): Eine Distanzierung vom Linksextremismus erfolgte von Ihnen bisher leider noch nie.

(Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Redner kann nicht weiterreden.

(Weitere Zurufe von der AfD: Das ist unverschämt! Das nennen Sie Demokratie!
– Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt singen sie gleich die erste Strophe!)

Herr Kollege, fahren Sie in Ihrer Rede fort.

Stefan Löw (AfD): Wir, die AfD, wollen für alle unsere Bürger und nicht nur für die mit der richtigen Ideologie Politik machen. Daher wenden wir uns mit unserem Antrag gegen jede Form von Extremismus, ob von links oder rechts, denn beide Arten von Extremismus sind abzulehnen, weil sie für unser Land schädlich sind.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen den mündigen Staatsbürger. Daher fordern wir auch, dass die von Ihnen geforderte Bildung ideologiefrei und möglichst breit gefächert sein und auf dem Prinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beruhen muss. Gerade an einem Tag wie heute – Sie haben es vorher schon gesagt – sollten wir aus unserer Geschichte lernen. Unser Land hat das Dritte Reich und die DDR erlebt. Daher müssen wir aufgrund der Einseitigkeit Ihres Antrags diesen ablehnen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, der alle Seiten mit einschließt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den 8. Mai. Ich glaube, jeder ist sich dieses historischen Datums bewusst. Der 8. Mai 1945 war nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern er war auch das Ende eines Regimes, in dem der Antisemitismus

Staatsideologie war. Wir sind dafür verantwortlich, dass so etwas nie wieder vorkommt. Wir sind dafür verantwortlich, dass Extremismus jeder Art und Antisemitismus in Bayern und in Deutschland keinen Raum mehr haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt auch, dass wir wachsam sein müssen, dass wir jede Art von Straftat auf diesem Gebiet konsequent verfolgen müssen, dass wir uns immer der Realität stellen müssen und dass es vieler Maßnahmen bedarf, um ein erfolgreiches Gesamtprogramm auf den Weg zu bringen. Ich sage aber auch: Wenn ich den Grundansatz der Dringlichkeitsanträge betrachte, bin ich der festen Überzeugung, dass wir uns über die Bekämpfung von Extremismus ziemlich einig sind.

Weil für uns, die CSU-Fraktion und die Staatsregierung, die Bekämpfung von Antisemitismus ein wichtiges Thema ist, gibt es auch den Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus. Wir haben zahlreiche Maßnahmen und Initiativen ergriffen, um Antisemitismus und jede Art von Extremismus zu bekämpfen. Erst gestern hat sich das Kabinett umfassend und ressortübergreifend mit diesem Thema beschäftigt. Es hat beschlossen, die bereits erfolgreich angelaufenen Maßnahmen konsequent fortzusetzen. Die konsequente Fortsetzung der verschiedenen Maßnahmen halten wir für den richtigen Weg. Das müssen wir von der Staatsregierung gar nicht einfordern, denn da wissen wir sie an unserer Seite. Wir werden sie dabei aber intensiv unterstützen. Es gibt viele Maßnahmen der Justiz, des Staatsministeriums des Innern, des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Wichtig ist uns, dass antisemitische Straftaten von der Politik nicht toleriert werden. Sie werden stets konsequent verfolgt. Bei antisemitischen Straftaten gibt es keine Opportunitätseinstellungen nach § 153 der Strafprozessordnung. Jeder ist sich dessen bewusst, dass Verfahrenseinstellungen und Verweisungen auf den Privatklageweg in diesen Fällen kein Thema sind. Wir begrüßen auch sehr, dass sich bei den drei Gene-

ralstaatsanwaltschaften jeweils eine Person ausschließlich und intensiv mit Antisemitismus und antisemitischen Straftaten befasst und enge Kontakte zur Israelitischen Kultusgemeinde pflegt.

Auf Bundesebene setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass ein neuer Straftatbestand geschaffen wird, mit dem Volksverhetzung aus dem Ausland unter Strafe gestellt wird. Hier haben wir eine Lücke. Wir können es nicht hinnehmen, dass via Internet plötzlich und unerwartet bei uns derartiges Gedankengut straflos verbreitet wird.

Auch in den Justizvollzugsanstalten wird vieles getan. So gibt es zum Beispiel ein erfolgreiches Pilotprojekt mit speziell geschulten Beauftragten für Extremismusbekämpfung. Dieses Projekt soll nun auf alle Justizvollzugsanstalten ausgeweitet werden. Wir haben mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Bayern ein niederschwelliges Angebot zur Meldung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Auch das ist ein wichtiger Schritt, um wachsam zu sein und den wehrhaften Rechtsstaat zum Tragen zu bringen.

Wir halten nichts davon – das sage ich ganz unumwunden –, in einem Dringlichkeitsantrag viele neue Maßnahmen zu fordern. Wir sind der Ansicht, dass wir das, was erfolgreich in vier Ressorts läuft, intensivieren und stärken sollten. Wir werden deshalb den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Die Maßnahmen, die in diesem Antrag aufgeführt sind, eignen sich nicht für einen Dringlichkeitsantrag. Wir können sicher über das eine oder andere Thema grundsätzlich reden und prüfen, wie sich die Maßnahmen implementieren lassen. Dabei darf aber nicht der Eindruck entstehen, dass wir nichts gemacht hätten, was auch nicht stimmt. Des Weiteren wollen wir nicht von einer Maßnahme zur anderen gehen, sondern die Maßnahmen, die konsequent gegen Extremismus und Antisemitismus laufen, intensivieren und weiter intensiv fortführen.

Damit komme ich auch schon zum Antrag der SPD. Auch den werden wir ablehnen, weil dieser Bericht in erster Linie im Bund gegeben werden muss. Der Bericht enthält Themenfelder, die von uns auf Landesebene bereits auf den Weg gebracht worden

sind und für die wir als Haushaltsgesetzgeber schon seit einigen Jahren Geld zur Verfügung stellen. Deshalb sehen wir keinen Grund, einen Vergleich mit einem Bericht, der sich nicht an uns, sondern an den Bund richtet, zu ziehen.

Fazit: Wir danken dem Beauftragten der Staatsregierung für die bisher erfolgreich durchgeführten Maßnahmen. Wir sehen uns in der Pflicht, die Maßnahmen auch in Zukunft in aller Konsequenz weiter zu begleiten und intensiv fortzuführen. Wir werden unserem Antrag zustimmen. Die anderen Anträge werden wir aus den genannten Gründen ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 74 Jahre nach der Niederschlagung der NS-Diktatur gibt es wieder lebendiges jüdisches Leben in Bayern und in Deutschland. Die jüdische Geschichte in Europa ist bald 1.700 Jahre alt. Man muss ehrlich sein: Wenn es gut war, dann war diese Geschichte maximal von Duldung geprägt. In diesen 1.700 Jahren haben sich Antisemitismus und Judenfeindlichkeit auch in der europäischen Geschichte breitgemacht: Vorurteile, Gerüchte, Verschwörungstheorien, Pauschalisierungen, das ging bis zu Pogromen, und am Ende der Entwicklung stehen die unglaublichen Massenmorde, die von den Deutschen an den Juden in Europa begangen wurden. Dass vor dem Hintergrund dieser Geschichte Jüdinnen und Juden ihre Gemeinden in Deutschland wiederaufgebaut haben, dass sie hier geblieben sind, dass sie sich hier eine neue Heimat geschaffen haben, das muss uns alle mit einer großen Dankbarkeit erfüllen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Wenn wir heute eine Demokratie haben, zu deren Verständnis es zum allerersten Mal gehört, dass der Schutz jüdischen Lebens und die Förderung der jüdischen Kultur

zum Kern dieser Demokratie gehören, dann bedeutet das für uns alle eine große Verantwortung, die wir annehmen und auch wahrnehmen wollen.

Der Antisemitismus war aber nie weg, Kolleginnen und Kollegen. Er ist 1945 in Deutschland nicht einfach von der Bildfläche verschwunden. Es gab ihn immer. Ich erinnere nur an den Anschlag auf das jüdische Altersheim in München im Jahr 1970 mit sieben Toten. Bis heute ist der Anschlag nicht aufgeklärt. Diese menschenverachtende Ideologie hat heute über die sozialen Netzwerke wieder Zugang zu einem breiten Publikum bekommen. Kolleginnen und Kollegen, dem müssen wir, alle demokratischen Parteien, etwas entgegensetzen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb werden wir den Antrag der GRÜNEN unterstützen. Aber wir tun nicht nur das; wir gehen deutlich weiter. Antisemitische Straftaten, völlig egal, wer sie begeht, dürfen nicht hingenommen werden. In Bayern haben sie zu 98 % rechtsextremistische Hintergründe. Hierzu gibt es die Antwort auf eine Anfrage des Kollegen Rinderspacher aus dem vergangenen Jahr, die diese Zahlen eindrücklich belegt. So wenig antisemitische Straftaten hingenommen werden dürfen, so wenig darf Antisemitismus überhaupt in unserer demokratischen Gesellschaft hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen aufklären, wir müssen enttarnen, und wir müssen den Menschen ein Rüstzeug mitgeben, um mit Antisemitismus kritisch umzugehen und ihn auch zu erkennen, wenn er in Verkleidungen daherkommt.

Seit 2013 existiert durch ein Gesetz des Deutschen Bundestages die unabhängige Expertenkommission Antisemitismus. Sie hat bereits zwei Berichte vorgelegt. Frau Kollegin Gутtenberger, diese Berichte richten sich an die gesamte deutsche Politik, nicht nur an die Bundesebene. Diese unabhängige Expertenkommission, die es seit 2013 gibt, hat nicht nur umfassende Analysen zum Thema Antisemitismus erstellt, sondern

auch vielfältige Handlungsempfehlungen gegeben, die auch die Länder betreffen. Sie betreffen Bildung, Justiz, aber auch die innere Sicherheit. Die neu zu gründende Bund-Länder-Kommission soll die Maßnahmen, die hier gefordert werden, flankieren und unterstützen.

Der Kampf gegen Antisemitismus berührt Kernaufgaben unserer Demokratie. Damit sind wir auch als Freistaat betroffen. Der Landtag muss deshalb grundsätzlich in diesen Prozess mit eingebunden werden. Es hilft nicht, wenn wir es so wie die CSU machen, die das Thema quasi an die Staatsregierung delegiert. Wir müssen uns dieses Thema tatsächlich zu eigen machen. Wir müssen auch hier ständig mit eingebunden sein.

(Petra Guttenberger (CSU): Sie fordern auch die Staatsregierung auf, etwas zu tun, Herr Kollege!)

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. So sehr wir die bisherigen Maßnahmen der Staatsregierung auch befürworten und begrüßen, mit Ihrem Antrag bleiben Sie leider da stehen, wo Sie sind. Sie gehen keinen Schritt weiter. Wir werden uns bei Ihrem Antrag deshalb enthalten.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch auf einen Punkt hinweisen. Vorhin habe ich gesagt, dass der Antisemitismus in den unterschiedlichsten Verkleidungen daherkommt. Eine davon ist beispielsweise die sogenannte – und das sage ich jetzt in Anführungszeichen – Israelkritik. In vielen Fällen ist sie nichts anderes als der Versuch, den Antisemitismus reinzuwaschen. Es gibt aber auch andere Verkleidungen, und manche Verkleidungen kommen dann in Form von Anträgen daher, die hier im Haus vorgelegt werden.

Wenn führende Mitglieder einer Partei den Begriff "völkisch" wieder positiv besetzen wollen, wenn führende Mitglieder dieser Partei stolz sein wollen auf die Leistungen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, wenn sie die NS-Diktatur und damit auch die Verbrechen der NS-Diktatur als "Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher

deutscher Geschichte" bezeichnen, wenn sie eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad fordern, wenn sie durch das Verbot der Beschneidung oder durch das Unmöglichmachen religiöser Ernährungsvorschriften letztendlich jüdisches Leben in Bayern und in Deutschland unmöglich machen wollen, wenn sie im demokratischen Parlament des Freistaats Bayern die Präsidentin der jüdischen Gemeinde respektlos behandeln und brüskieren, dann ist der vorgelegte Antrag zum Thema Antisemitismus tatsächlich nichts anderes als der Versuch der Instrumentalisierung. Wir wissen als demokratische Parteien, welche Ideologie hinter dem steckt, was hier vorgelegt wurde. Deshalb werden wir den Antrag auch ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch.

(Zurufe von der AfD)

– Das war zu spät.

(Zurufe von der AfD)

– Entschuldigung, die Meldung für die Zwischenbemerkung war zu spät.

(Weitere Zurufe)

– Gut. Also, Herr Ritter, bitte kommen Sie noch einmal zum Rednerpult zurück.

(Volkmar Halbleib (SPD): So geht das aber nicht!)

Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Maier von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Ritter, vielen Dank für Ihre erkenntnisreichen Ausführungen. Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, hat die Stadt München, insbesondere der dortige Oberbürgermeister, am vergangenen Sonntag versucht, die Mei-

nungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Glücklicherweise konnten wir mit Hilfe des Verwaltungsgerichtes München den Auftritt von Björn Höcke zum JA-Frühschoppen in der Lerchenau ermöglichen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Buh!)

Bei diesem Auftritt ereignete sich ein Vorfall. Ein Deutscher jüdischen Glaubens mit einer Kippa auf dem Kopf wurde von einem Tunesier bzw. einem Münchner mit Migrationshintergrund körperlich angegriffen. – Ich korrigiere mich: Er wurde verbal angegriffen. Meine Frage hierzu: Wird der Bericht der Expertenkommission auch diesen antisemitischen Vorfall berücksichtigen? Der Besucher unserer Veranstaltung mit Kippa wurde an diesem Tag nämlich schwer beleidigt. Ich bitte, dass Sie hierzu antworten.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Florian Ritter (SPD): Sie sollten sich vielleicht einfach einmal mit dem Bericht der Expertenkommission auseinandersetzen. Teil des Berichts der Expertenkommission ist nämlich, dass ein umfassendes Meldesystem für antisemitische Straftaten eingeführt wird, und zwar auf allen Ebenen. Soweit ich davon Kenntnis habe, findet das derzeit auch in Bayern statt. Insofern gibt es dazu nichts weiter zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Dr. Wolfgang Heubisch. Bitte schön, Herr Dr. Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir nicht gedacht, dass ich mich 74 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hier im Bayerischen Parlament mit einer solchen Antragsflut zum Problembereich Antisemitismus befassen muss. Ich war wirklich der Überzeugung, dass unser Volk aus der Geschichte gelernt hat, dass wir in eine positive Zukunft gehen, dass wir zusammen mit unseren europäischen Freunden in einer Gemeinschaft leben. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass hier wieder eine Gruppe von Mitbürgern

von rechts angegriffen wird, die seit Jahrhunderten mit uns in einer Gemeinschaft der Christen und auch der Muslime lebt. Das ist für mich die eigentliche Enttäuschung – trotz aller Anträge.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Verehrte Damen und Herren, ich gehe jetzt natürlich nicht auf die einzelnen Anträge ein; das würde den Rahmen völlig sprengen. Ich kann mich hier absolut auf den Kollegen Bozoğlu berufen. Vielen Dank, das trifft auch unsere Einstellung und unser Wissen.

Wir werden den Anträgen – außer dem der AfD – zustimmen. Wir haben allerdings einen Vorbehalt. Wir als Liberale wollen nicht unbedingt eine Meldepflicht, sondern wir sagen: Jeder Bürger hat die Aufgabe, diese Probleme von sich aus anzuzeigen. Eine Meldepflicht würden wir deshalb hier ablehnen, aber insgesamt stimmen wir selbstverständlich auch diesem Antrag zu.

Verehrte Damen und Herren, wenn man den Antrag der AfD einmal liest, meint man – der Kollege hat das auch ausgeführt –, Sie hätten nur das Wort "rechts" gestrichen. Wenn man aber genauer hinsieht, bemerkt man, Sie haben einen Halbsatz herausgenommen.

Im ersten Punkt des Antrags der GRÜNEN steht:

[...] dies gilt angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands insbesondere für Menschen jüdischen Glaubens.

Dieser Halbsatz fehlt im Antrag der AfD. Das zeigt, was Sie in Wirklichkeit wollen. Verehrte Damen und Herren, besser kann man sich nicht entlarven

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das ist ein reiner Schaufensterantrag. Denken Sie an die Aussagen von Herrn Höcke bezüglich des Mahnmals in Berlin, des Holocaust-Mahnmals. Denken Sie an Ihr Verhalten hier bei der Holocaust-Gedenkfeier im Bayerischen Landtag. Denken Sie an andere Begebenheiten. Ziehen Sie diesen Antrag, wenn Sie noch ein bisschen Menschenwürde haben, zurück;

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD)

er steht Ihnen beileibe nicht. – Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Heubisch. – Ich erteile dem Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Heubisch, normalerweise schätze ich Ihre Redebeiträge, aber den von soeben finde ich sehr heftig. Wir sind klar eine demokratische Partei, und wir stehen ganz klar – –

(Unruhe)

Wir sind eine demokratische Partei, und wir wurden hierher gewählt. Wir haben zum Beispiel auch eine Vereinigung in unserer Partei, das sind die Juden in der AfD. Das ist eine tolle Gruppierung. Wir haben Homosexuelle in unserer Partei; nur einmal, um das auch den anderen zu sagen. Wir sind eine Partei, die sich ganz klar gegen den Antisemitismus einsetzt, und wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Verfassung. Gerade wir wollen keine Wiederholung der schlimmen Dinge, die vor 75 Jahren geschehen sind. Ich finde es unerhört, wie wir hier ausgegrenzt und angegriffen werden,

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh! – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

nur, weil wir in gewissen Punkten auch einmal eine andere Meinung haben.

(Unruhe)

Aber ich muss hier in diesem Punkt klarstellen: Wir setzen uns genauso wie die anderen Parteien gegen jede Form des Antisemitismus ein.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Das Wort hat erneut der Abgeordnete Dr. Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Abgeordneter Singer, leider sind Ihre tatsächlichen Handlungen draußen in Deutschland und auch in Bayern – das sage ich bewusst – andere. Sie spiegeln uns hier falsche Tatsachen vor und versuchen, sich reinzuwaschen. Die Wahrheit ist leider eine andere.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Vizepräsident Dr. Heubisch. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Dr. Hubert Faltermeier für die Fraktion FREIE WÄHLER das Wort.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Freistaat Bayern, viele gesellschaftliche Gruppen und die allermeisten Parteien ducken sich nicht weg, sondern zeigen Flagge – Flagge bei der Bekämpfung und vor allem bei der Prävention von Antisemitismus. Es ist nicht nur die Aufgabe der Staatsregierung, sondern die Aufgabe aller Ressorts, tätig zu werden, und ich stelle fest, dass das auch passiert ist. Eine der aktuellen Maßnahmen ist die Installation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, die jetzt ihre Arbeit

aufnimmt. Diese niederschwellige Anlaufstelle kann viele wirkungsvolle Maßnahmen einleiten.

Wichtig sind mir auch die Demokratieerziehung in unseren Schulen und die Erinnerung an die NS-Zeit, dass beides verpflichtend in allen Lehrplänen verankert wird und die Erinnerungsarbeit auch bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten im Doppelhaushalt wieder ihren Niederschlag findet. Viele Ministerien liefern gute Beiträge dazu, und gerade im Innenministerium wird bei Migrations- und Fluchthintergrund auch in der Kursreihe "Leben in Bayern" viel dazu beigetragen.

Natürlich hat die Justiz eine besondere Rolle – der wird sie auch gerecht –, dass keine Duldungen erfolgen, kein Wegschauen erfolgt, antisemitische Straftaten konsequent verfolgt werden, keine Einstellungen nach § 153 StPO erfolgen. Zudem wurden bei den drei Generalstaatsanwaltschaften spezielle Antisemitismusbeauftragte installiert. Ich denke, daran sieht man, dass der Bekämpfung des Antisemitismus eine hohe Bedeutung zugesprochen wird. Aus diesem Grund bitten wir auch, dem Antrag der Regierungsfractionen zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Faltermeier. – Als Nächster hat der Abgeordnete Karl Freller das Wort für die CSU-Fraktion. Herr Vizepräsident, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Einladung aussprechen. In einer Stunde spricht hier im Haus, im Saal gegenüber, ein 97-jähriger Zeitzeuge, Guy Stern. Der Mann verließ als Kind, als Jugendlicher im Alter von 15 Jahren Hildesheim. Sein Vater, seine Mutter, sein Bruder und seine Schwester überlebten den Holocaust nicht. Er überlebte als Einziger, weil er in die USA flüchten konnte. Er kehrte als amerikanischer Soldat zurück und half bei der Befreiung dieses Landes vom Nationalsozialismus – Stichwort: 8. Mai; deswegen auch diese Veranstaltung. Das ist eine der letzten großen Chancen, jemanden zu

hören, der dabei war: 97 Jahre, und er ist bereit zu sprechen. Das kann genau zu diesem Thema sicherlich sehr gut passen.

Nichtsdestoweniger, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Sätze zu dem, was heute durch diese Anträge in der Diskussion ist: Ich hatte gestern ein fast einstündiges Gespräch mit Frau von Schnurbein, der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Gemeinschaft. Auch sie bedauert, was die Vorredner schon gesagt haben, dass diese Diskussionen, über das Erfordernis gegen Antisemitismus Flagge zu zeigen, leider wieder nötig sind. Des Weiteren hat sie Bayern ausdrücklich dafür gelobt – ich möchte das hier weitergeben –, dass wir zum Beispiel zu einem frühen Zeitpunkt einen Staatsvertrag mit den Israelitischen Kultusgemeinden geschlossen haben, der erst vor wenigen Jahren erneuert und verstärkt wurde, dass wir nach der Bundesregierung als erstes Bundesland einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt haben und dass es hier auch bei den Gesprächen, die sie mit der jüdischen Seite führt, ausgesprochen gute Rückmeldungen gibt. Das ist ein Lob für uns – ich freue mich darüber –, und ich gebe es weiter an alle, die sich hier engagieren.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es leider auch die Sorge, weil die Zeit schon besser war, als sie das im Augenblick ist. Meine Damen und Herren, die Menschen jüdischen Glaubens gehören seit jeher zu unserer Kultur. Das wurde bereits von meinen Vorrednern richtig gesagt. Es ist tatsächlich so: Menschen jüdischen Glaubens leben seit mindestens 1.700 Jahren in Mitteleuropa. Die ersten Aufzeichnungen stammen aus Köln aus dem Jahr 321. Jüdinnen und Juden haben die Kultur dieses Landes entscheidend mitgeprägt. Ich nenne nur historisch bekannte Persönlichkeiten wie Einstein, Heinrich Heine, Felix Mendelssohn Bartholdy und viele andere. Jüdinnen und Juden sind integraler Bestandteil unseres Landes. Es ist ein Aufruf an uns alle, dies auch so zu handeln.

Vor einer Stunde habe ich noch mit Jo-Achim Hamburger telefoniert, dem Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg. Er hat mir gesagt: Es ist gut und wichtig, dass ihr über die Erinnerungsarbeit redet. Aber bitte redet auch über die Ge-

genwart. Wir sind bayerische Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten als Bayern unter Bayern gelten. Er sagt, für sie sei es wichtig, dass die Zivilgesellschaft in diesem Lande – die Politik macht dies bereits in vielen Fällen – keine Unterscheidung trifft. Ich bin froh, dass dies in weiten Teilen der Zivilgesellschaft geschieht. Frau Knobloch und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Herrn Schuster, sage ich herzlichen Dank. Die beiden leisten eine derart glaubwürdige und gute Arbeit im Lande, dass es in der Tat gelungen ist, vieles an Miteinander zu pflegen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Hamburger hat eine weitere Sorge geäußert. Mit wirklich großer Besorgnis sagt er, dass sich der israelbezogene Antisemitismus ausweite. Das wurde schon von meinem Vorredner gesagt. Das ist auch richtig. An dieser Stelle müssen wir verdammt Obacht geben. Das ist keine Kritik an politischen Entscheidungen in Israel. Dieser Kritik muss sich jeder Staatsmann aussetzen. Es ist ein israelbezogener Antisemitismus, der um sich greift und die Juden im Lande ausgesprochen schmerzt. Wir müssen aufpassen, dass da nicht etwas anbrennt. Er sagte zu mir: Auf den Transparenten von Demonstrationen steht derzeit "Israel ist unser Unglück". Dies sind aktuelle Vorfälle aus den letzten Wochen. Wer den Ursprung dieses Zitats nachverfolgt, stößt auf Julius Streicher. Das ursprüngliche Zitat lautet: Juden sind unser Unglück. Die Herstellung dieser Parallelität ist Absicht. Deswegen sage ich an dieser Stelle ein klares Wort gegen den israelbezogenen Antisemitismus.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte das nur in Erinnerung bringen, weil es mir wichtig ist. Die Gegenwart spielt eine wichtige Rolle.

Gestatten Sie mir ein Wort an die AfD. Als Vizepräsident – Sie werden es vielleicht bemerkt haben – bemühe ich mich in diesem Amt seit einem halben Jahr wirklich immer um Ausgeglichenheit, Sachlichkeit und Fairness. Inhaltlich erlaube ich mir jedoch, heute eines zu sagen: Sie haben einen Antrag mit dem Titel "Antisemitismus und antisemitische Straftaten konsequent bekämpfen" gestellt. Gleichzeitig dulden Sie einen Menschen wie Björn Höcke in den Reihen Ihrer Partei, der das Denkmal für die ermordeten Juden in Berlin als Schande für Deutschland bezeichnet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht nicht zusammen. Das ist Verlogenheit pur.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wissen Sie, selbstverständlich hat Charlotte Knobloch deutliche Kritik an der AfD geäußert. Die kann ich auch nachvollziehen. Es ist das Mindeste, einem Menschen, der den Holocaust überlebt hat und dessen Verwandte gestorben sind, zuzuhören und nicht aus dem Saal auszuziehen. Das ist eine Ungezogenheit sondergleichen gewesen. Das muss ich auch einmal zum Ausdruck bringen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Es gibt keinen größeren Widerspruch, als am Sonntag die erste Strophe des Deutschlandlieds zu singen und am Mittwoch mit diesem Antrag den Antisemitismus bekämpfen zu wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Widerspruch werden Sie nie auflösen – nie. Deshalb lautet die klare Ansage: Nie wieder!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Vizepräsident, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Uns liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Abgeordneten Singer von der AfD vor. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Singer.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege, Sie versuchen, uns wieder in eine extrem rechte Ecke zu stellen.

(Unruhe – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Distanzieren Sie sich!)

Zu meinem Hintergrund: Ich bin jahrelang Berufsbetreuer für Menschen mit Behinderung gewesen. Ich habe mich bereits im Jahr 2013 für Flüchtlingskinder engagiert, weil ein GRÜNEN-Politiker seine Arbeit nicht gemacht hat und wegen Untätigkeit entlassen werden musste. Ich sage das nur, weil ich so angeraunzt werde. Ich möchte eines ganz klar sagen: Ich und meine gesamte Fraktion stehen für ein ganz klares "Nie wieder". Wir wollen keine Wiederholung dieser Ereignisse. Versuchen Sie nicht immer wieder, das hochzufahren, weil es nicht stimmt.

(Unruhe)

– Lassen Sie mich doch kurz ausreden. Das ist ein Gebot der Höflichkeit.

Wir sind während der Rede von Frau Knobloch aufgestanden, weil sie die Demokratie und unser demokratisches Recht angegriffen hat, als demokratisch gewählte Partei im Landtag zu sein. Normalerweise wäre es Aufgabe der Landtagspräsidentin gewesen, in diesem Fall einzuschreiten. Wir haben die Veranstaltung schweigend verlassen. Wir sind auch schweigend zurückgegangen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist vorbei.

Ulrich Singer (AfD): Ich frage mich schon, worin die Störung bestanden hat. Wir waren in großer Zahl vertreten, um an dieser wichtigen Veranstaltung teilzunehmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie jetzt wirklich bitten, zum Ende zu kommen. – Herr Abgeordneter Freller, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): Ich kann nur eines sagen: Sie haben es nicht geschafft, einem Menschen mit einem Schicksal, wie Frau Knobloch es erlebt hat, und den subjektiven Empfindungen aus ihrer Kindheit zuzuhören und ihre Schlussfolgerungen wenigstens wahrzunehmen und anzunehmen. Ob man sie befolgt, ist in der Tat Ihre Sache. Sie hatten jedoch nicht einmal den Anstand, einer Zeitzeugin, einer Überlebenden des Holocaust, Gehör zu schenken. Sie sind demonstrativ aus dem Saal ausgezogen, um damit Politik zu machen. Das ist unter der Gürtellinie. Das ist für mich ein schändliches Verhalten.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD, der FDP und des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Vizepräsident Freller. – Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Gerhard Eck das Wort. Herr Staatssekretär Eck, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle sage ich ein herzliches Dankeschön an Herrn Kollegen Bozoğlu. Er hat sich in aller Deutlichkeit für die Anstrengungen und die Arbeit, die bisher geleistet worden ist, bedankt. Es ist sehr erfreulich, wenn man dies von einer Oppositionsfraktion hört. Ich danke Ihnen an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich bei unserem Vizepräsidenten Karl Freller bedanken. Erlauben Sie mir das an dieser Stelle. Er hat aus der Emotion heraus geredet. Ich mache das sachlicher. Das ist das Lebenswerk von Karl Freller. Jedes Wort, das er gesagt hat, kann ich unterstreichen. Lieber Charly Freller, für diese klare Linie will ich Danke schön sagen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich will es deshalb tun, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil dieser große Anstieg der antisemitischen Straftaten natürlich ein Thema ist: 148 im Jahr 2017, 219 im Jahr 2018. Ich sage in aller Offenheit und Deutlichkeit: Das ist ein alarmierendes Signal. Wir alle, Staat und Zivilgesellschaft, müssen gemeinsam gegen diese Tendenz ankämpfen – das ist in den Wortbeiträgen ebenfalls angesprochen worden –, gemeinsam jeglicher Form des Antisemitismus grundsätzlich und entschlossen entgegenzutreten.

Warum habe ich mich bedankt? – Weil man auch ein Stück weit froh sein kann über die Ergebnisse der Arbeit. Sie haben es vorhin hören können: Auf der Prioritätenliste der Staatsregierung steht dieses Thema ganz oben. Mir fällt keine weitere Ministerratssitzung wie die gestrige ein, in der dieses Thema in dieser Stärke und Wucht behandelt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Knobloch – Sie ist hier angesprochen worden – hat sich dafür bedankt, dass Juden nirgendwo sicherer als in Bayern leben. Ich glaube, da kann man über seine Arbeit froh sein. Frau von Schnurbein, Herr Dr. Schuster und Frau Simovich haben ebenfalls gesagt: Hier in Bayern wird dieses Thema ordentlich, sachlich und sauber bearbeitet. – Ich will allen danken, die dazu beitragen. Das ist eine gute und ausgezeichnete Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Warum spreche ich das an? – Mit unseren Maßnahmen sind wir bereits in vielen Bereichen erfolgreich – ich darf sagen: sehr erfolgreich. Diesen Weg – das will ich hier versichern – werden wir konsequent weitergehen. In erster Linie – auch das will ich aus Sicht der Staatsregierung zum Ausdruck bringen – sind Polizei und Verfassungsschutz gefordert, mit allen rechtlichen und tatsächlich möglichen präventiven und repressiven Maßnahmen vorzugehen und diese Form der politisch motivierten Kriminali-

tät zu bekämpfen, sowohl in der realen wie auch in der virtuellen Welt. Das ist ein ganz wichtiges Thema in der heutigen Zeit.

Selbstverständlich setzt sich die Staatsregierung daneben weiterhin im Bereich der Rechtspolitik mit Nachdruck – auch dieses Thema ist angesprochen worden, ich will das bestätigen – für die Erweiterung und Verbesserung der Ermittlungsinstrumentarien ein, beispielsweise dafür, den Straftatbestand der Volksverhetzung auf Auslandsstraf-taten auszuweiten; wir werden heute noch einige Sätze dazu hören.

Allerdings darf ich an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass die ausschließliche und pauschale Fokussierung auf einen Phänomenbereich insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Gefahr durch den islamistischen Terrorismus beinahe töricht wäre.

(Zurufe von der AfD: Hört, hört!)

Vielmehr muss sich die einzelne Prioritätensetzung an der jeweiligen konkreten Sicherheitslage orientieren. Wir beobachten permanent die Entwicklungen und reagieren darauf schnell – das darf ich so sagen – und vor allen Dingen auch angemessen. Besondere Aufmerksamkeit legen wir dabei auf den Schutz jüdischer Einrichtungen und Personen. Diese Schutzmaßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden fortlaufend mit Blick auf ihre Wirksamkeit auf den Prüfstand gestellt, werden dann auch dementsprechend verbessert und ergänzt.

Die bayerische Polizei legt bei der Ausbildung – auch das, denke ich, muss in den Mittelpunkt gerückt werden – großen Wert auf die charakterliche und politische Bildung, auch im Kontext der interkulturellen Kompetenz. So erfolgen aktuell beispielsweise Treffen mit Vertretern der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern und der Justiz für einen angemessenen und richtigen Austausch.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treffen umfangreiche Präventionsmaßnahmen – ich denke, das brauche in an dieser Stelle nicht mehr alles

aufzuzählen; viele Dinge sind bereits angesprochen worden. Ich will vielleicht nur ein Beispiel herausgreifen: Das ist die Wichtigkeit der staatlichen Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus – BIGE. Auch hier wird manchmal kritisch diskutiert. Aus unserer Sicht ist dieses Thema richtig und ganz bewusst so angelegt, weil wir dadurch die Gesellschaft mit in die Verantwortung nehmen. Wenn wir Bilanz über diese Arbeit ziehen, ist das Ergebnis ebenfalls ganz ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf abschließend an dieser Stelle allen herzlich Danke schön sagen, die sich trauen, sich dieses Themas anzunehmen, die mitarbeiten, die offen sind und Flagge zeigen und die letztlich unsere Polizei mit Hinweisen unterstützen. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! All diese Dinge haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und keine Verbesserung an dieser Stelle benötigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Ebenfalls für die Staatsregierung erteile ich dem Herrn Staatsminister Georg Eisenreich das Wort.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der 8. Mai, es jährt sich der Tag des Kriegsendes, der Tag, an dem Deutschland von der Nazi-Diktatur, einem verbrecherischen Regime, das für einen beispiellosen Zivilisationsbruch verantwortlich war, befreit wurde. Wir, die wir heute leben, sind nicht verantwortlich für die Verbrechen, die damals geschehen sind, aber wir sind dafür verantwortlich, dass so etwas nie wieder passiert. So hat es der unvergessene, leider verstorbene Max Mannheimer treffend formuliert.

Die Bayerische Staatsregierung hat hier eine glasklare Haltung: In Bayern ist kein Platz für Antisemitismus, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Wir freuen uns darüber, dass jüdisches Leben in Bayern wieder wächst und gedeiht, und wir haben an uns den Anspruch, dass jeder jüdische Bürger und jede jüdische Bürgerin sich in Bayern sicher fühlt und auch sicher ist. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die Zivilgesellschaft, natürlich auch für den Staat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und für die bayerische Justiz. Wir bekämpfen mit Entschlossenheit ohne Nachsicht Antisemitismus. Wir haben dazu ein Maßnahmenpaket, das ich kurz vorstelle:

Wir haben schon im letzten Jahr bei den drei Generalstaatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte eingerichtet, die Ansprechpartner für externe Anfragen der Israelitischen Kultusgemeinden sind, aber auch intern für eine einheitliche Rechtsanwendung bei der Staatsanwaltschaft sorgen. Schon im letzten Jahr ist die IHRA-Definition, die wir gestern im Kabinett beschlossen haben, den Staatsanwaltschaften als Arbeitsgrundlage an die Hand gegeben worden. Die Strafverfolgung antisemitischer Straftaten liegt im öffentlichen Interesse. Das heißt, die Opfer von Straftaten müssen nicht den Privatklageweg beschreiten.

Der vierte Punkt: Es gibt in der Region München ein Zeugenschutzprogramm "Münchener Modell", in dessen Rahmen wir es in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium München den Opfern antisemitischer Straftaten erleichtern, Strafanzeige zu stellen, und Hilfsangebote bieten.

Wir haben eine Reihe rechtspolitischer Forderungen – eine wurde schon genannt –: Wir wollen, dass auch Volksverhetzung aus dem Ausland strafbar ist, und wir möchten Beleidigungen im Internet, die oft einen extremistischen, rassistischen oder antisemitischen Inhalt haben, stärker bestrafen können.

Wir vergessen nicht, dass auch der Justizvollzug hier eine wichtige Aufgabe hat. Wir haben hier ein umfassendes Konzept zur Extremismusbekämpfung und auch zur Ra-

dikalisierungsprävention, und natürlich ist die Bekämpfung von Antisemitismus ein Teil dieses Pakets.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass die bayerische Justiz umfassende Maßnahmen ergriffen hat, um Antisemitismus zu bekämpfen. Ich möchte aber wiederholen, was ich anfangs gesagt habe: Der Staat ist gefordert, aber auch die gesamte Gesellschaft ist gefordert, das heißt, jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin; denn das Eintreten ist nicht erst dann notwendig, wenn ein strafbarer Sachverhalt vorliegt, sondern schon dann, wenn er unterhalb der Schwelle zur Straftat liegt. Dann ist ein Auftreten, oft auch ein normales Wort, ein Widerspruch notwendig. Dazu ist jeder in unserer Gesellschaft aufgefordert, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1848, das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1872, das ist der Antrag der AfD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1873, das ist der Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1874, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.